

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

262 (8.11.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postschalter monatl. 90 S., 1/2jährl. 2,70 M., Zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags, Geschäftszeit: 12-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei G&C, Karlsruhe.

Eine neue Krise.

Karlsruhe, 8. Nov.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist die Kanzlerschaft des Grafen Hertling in Frage gestellt, zum mindesten haben die Dinge in Berlin in den letzten Tagen eine Wendung genommen, die auf alles eher als auf eine befriedigende Lösung der durch den Rücktritt Michaelis entstandenen Krise schließen lassen. Die von Grafen Hertling mit den Führern der Mehrheitspartei geführten Verhandlungen scheinen ein allseitig befriedigendes Ergebnis zeitigt zu haben. Obwohl Gegner des parlamentarischen Regierungssystems hat sich Graf Hertling als kluger Staatsmann davon überzeugt, daß ihm ein erprobtes Wirken in dem höchsten Reichsamt nur unter der Voraussetzung möglich ist, wenn ihm die Unterstützung der Mehrheitspartei gesichert ist. Darum waren auch die von ihm in Aussicht genommenen Dispositionen bei der Besetzung der hohen Regierungsstellen eingestellt. Es war nicht leicht, die einer Kandidatur Hertling entgegenstehenden Bedenken zu überwinden. Schließlich ist dies aber, vor allem durch das Eingreifen des Staatssekretärs v. Bülow gelungen.

Mittlerweile haben die noch immer in der Umgebung des Kaisers herrschenden reaktionären Einflüsse sich geltend gemacht und wie es scheint in einer Weise, die einen Konflikt mit der Mehrheit des Reichstags sehr wahrscheinlich gemacht hat. Einstweilen weiß man noch nicht, ob Graf Hertling sich diesen Einflüssen gegenüber als zu schwach erwiesen hat, oder ob es ihm noch gelingen wird, sie zu paralisieren. So viel scheint indessen festzustellen, daß die Reaktion alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um die in Aussicht genommene Kandidatur des Herrn v. Fayer für den Posten des Vizekanzlers zu hintertreiben. Zu diesem Zwecke hat sie in den derzeitigen Führern der nationalliberalen Partei Dr. Friedberg ein brauchbares und offenbar auch willfähiges Werkzeug gefunden. Die „Nationall. Korresp.“ veröffentlichte vorgestern folgende Erklärung, von der angenommen wird, daß ihr geistiger Urheber Herr Dr. Friedberg selbst ist:

Der Abg. Dr. Friedberg hat am Dienstag durch den Herr Reichskanzler S. M. den Kaiser und König gebeten, auf die ihm zugedachte Ernennung zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums verzichtet zu dürfen. Diese Bitte an Seine Majestät ist dadurch veranlaßt, daß von einzelnen Parteien weitere Wünsche in Bezug auf die Besetzung höchster Staatsämter geäußert wurden, die keine Erfüllung finden konnten. Da aber von der Befriedigung dieser Wünsche die Schaffung einer arbeitsfähigen und zuverlässigen Mehrheit im Reichstag abhängig gemacht wurde, glaubt Dr. Friedberg durch seinen Eintritt in die Regierung keinen Nutzen mehr stiften zu können. Die Bereitschaft, die bei ihm anfänglich dazu vorhanden war, beruhte ganz wie bei dem Grafen Hertling auf dem väterlichen Pflichtgefühl, seinerseits dazu beizutragen, daß die Kräfte und die Kräftigung einträglich beizutragen werden. Wenn das durch jene weitgehenden Wünsche verhindert worden ist, so ist es Sache derjenigen, sich damit abzufinden, die diese Wünsche zur Bedingung einer Mitarbeit gemacht haben. Vielleicht wird aber auch nach dem Scheitern der Verabredungsbalken nimmende die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling manchem seiner politischen Gegner aus den bürgerlichen Parteien tragbarer erscheinen, da er durch seinen Vorschlag bezüglich des Herrn Dr. Friedberg bewiesen hat, daß er auf keinen Fall eine einseitige Politik treiben will.

Die hier gegen die Reichstagsmehrheit erhobenen Vorwürfe sind sachlich durchaus unbegründet. Sie überraschen um so mehr, als die nationalliberale Reichstagsfraktion sich der Reichstagsmehrheit angeschlossen und deren Aktionen gebilligt hat. Es scheint, als ob Dr. Friedberg lediglich deshalb die ihm angebotene Kandidatur des preussischen Ministerpräsidenten abgelehnt hat, um seinerseits einen Konflikt heraufzubeschwören, damit auf diese Weise die Absichten der Reichstagsmehrheit durchkreuzt und diese wenn irgend möglich auseinandergeprengt wird. Denn anders läßt sich dieser gegen die Reichstagsmehrheit geführte politisch hinterhältige Streich nicht gut erklären.

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das seitens der Reaktion jetzt getrieben wird. Daß die Mehrheit sich durch solche durchsichtigen Manöver sprengen läßt, halten wir für ausgeschlossen. Das Zentrum ist von allem andern abgesehen politisch viel zu klug, um sich in der jetzigen Situation auf die Seite der Konterpartei drängen zu lassen. Aber auch die Nationalliberalen können nicht gut den Weg geben, den ihnen ihr jetziger Parteichef beschreiben möchte, jedenfalls kann die die nationalliberale Reichstagsfraktion nicht tun, ohne sich heillos politisch zu kompromittieren und jedes Vertrauen in ihre Politik zu verlieren.

So stehen wir wieder vor einer vollkommen verworrenen Situation, von der kein Mensch weiß, wie sie enden wird. Ob es der Geschicklichkeit und Energie des Grafen Hertling gelingen wird, die kritische Klippe zu umschiffen, steht auch nicht fest. Es fanden gestern weitere Verhandlungen statt,

über deren Ergebnis bisher noch nichts bekannt geworden ist. Daß die Einflüsse, welche neuerdings in der Umgebung des Kaisers sich geltend gemacht haben, sehr bedenklicher Art sind, liegt auf der flachen Hand. Es sind die Elemente, die, wenn sie ihren Willen gegen die Reichstagsmehrheit nicht durchsetzen können, auch vor einer Militärdiktatur nicht zurückschrecken würden. Die konservative Presse hat damit schon mehr als einmal gedroht. Es scheint, als ob in der Tat auch bereits militärische Einflüsse in dieser innerpolitischen Angelegenheit im Spiele wären. Wir können nur dringend davor warnen, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Der Reichstag hat nicht den geringsten Anlaß zu dem Konflikt gegeben, vor dem wir jetzt stehen. Er hat seinerzeit eine starke Zurückhaltung und Mäßigung geübt und alles getan, um die Krise in einer Weise zu lösen, die geeignet gewesen wäre, den inneren Frieden zu garantieren. Aber den Elementen, die seit Monaten in der gewissenlosen Weise gegen den Reichstag behen, ist es nicht um den inneren Frieden, sondern lediglich darum zu tun, unter allen Umständen, auch auf die Gefahr hin, daß die innere Front zerrissen wird, ihren Willen durchzusetzen. Es ist ein Va banque-Spiel der Reaktion, die ihre letzten Stützen wanken fühlt und

nun alles daran setzt, um sich in ihrer bisherigen Position zu behaupten. Das deutsche Volk wird aber mit dieser Gesellschaft ebenso fertig werden, wie mit jenen, die seine nationale Existenz untergraben wollen.

Die Mehrheit bleibt einig!

Berlin, 7. Nov. (W.B. Nicht amtlich.) In der heutigen Besprechung der 4 Reichstagsfraktionen hat sich die vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der Vorschläge zur Überwindung der Schwierigkeiten ergeben. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler dauern fort.

Der vorläufige Chef der Reichskanzlei

Berlin, 7. Nov. (W.B. Nicht amtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir hören, ist der Geh. Legationsrat v. Radowich mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs der Reichskanzlei beauftragt worden, nachdem Unterstaatssekretär von Graevenitz ausgeschieden ist.

Eine neue Flandernschlacht. — Die Verfolgung der Italiener wird fortgesetzt. — Neue Gefangene.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Nov. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern wurde gestern erbittert gekämpft.

Nach dem vorbereiteten Trommelstoß am frühen Morgen traten englische Divisionen von Poelcapelle bis zur Bahn Ypern-Roulers und gegen die Höhen von Bezeleers und Ghelweelt zum Sturm an. Nördlich von Passchendaele brach der Angriff in unserem Abwehrfeuer zusammen. In Passchendaele drang der Gegner ein. Im frühen Morgen wurde ihm der Ostteil des Dorfes wieder entzogen. Mittags führte der Feind frische Kräfte in den Kampf. Sie konnten die Einbruchsstelle bei Passchendaele nur örtlich erweitern. Unsere Stellung läuft am östlichen Dorfrande.

Der gegen die Höhen von Bezeleers und Ghelweelt mit frischen Kräften gerichtete Ansturm verzichtete meist schon vor unseren Feuern.

Eingebrochener Feind wurde im Nahkampf überwältigt. Die Wirkung unseres Vernichtungsfeuers hielt später sich vorbereitende Angriffe nieder.

Auf dem Schlachtfelde dauerte der starke Artilleriekampf bis in die Nacht hinein.

Bei den anderen Armeen der Westfront lebte die Artillerietätigkeit an vielen Stellen auf und steigerte sich besonders auf dem östlichen Maasufer und zeitweilig im Sundgau zu großer Heftigkeit.

Auf dem

Ostlicher Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.

Im Gebirge und in der Venetianischen Ebene wird die Verfolgung fortgesetzt; einige tausend Gefangene sind angebracht worden.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 7. Nov., abends. (W.B. Amtlich.)

In einzelnen Abzweigungen der flandrischen Front gesteigerte Feuerbetätigung.

Im Sundgau örtliche Kämpfe bei Ammerweiler und Heidweiler.

In der venetianischen Ebene ist in der Verfolgung die Livenza-Linie erreicht; Mehrere tausend Gefangene.

In vollem Rückzug gegen die Piave.

W.B. Wien, 7. Nov. (Amtlich) wird verlautbart: Die Italiener sind in vollem Rückzuge gegen die Piave. Unsere Verfolgungsoperationen verlaufen planmäßig. Aufjassendes Zusammenarbeiten österreichisch-ungarischer Gebirgstruppen zwang südwestlich von Tolmezzo einige Tausend Italiener, sich zu ergeben.

Im Osten und in Albanien nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes

Die Wirkung des U-Boot-Krieges.

Haag, 7. Nov. (W.B. Nicht amtlich.) In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 1. November sagte Lord Bessford: Die Gesamtverluste an Schiffen, englischen, verbündeten und neutralen, durch Minen und U-Boote im Jahre 1917 betragen etwas über 5 Millionen Tonnen. Dazu kommen von August 1914 bis Januar 1917 4 Millionen Tonnen. Durch Hilfskreuzer wurde im Jahre 1917 ein Verlust von 160 000 Tonnen verursacht. Der Gesamtverlust des Jahres 1917 beträgt 7,92 Millionen Tonnen. Bis Ende 1917 können von England, den verbündeten und den neutralen Staaten etwa 3 Millionen Tonnen neu gebaut werden. Der Stand zu Anfang 1918 ist also 5 Millionen Tonnen weniger als 1916. Die Vereinigten Staaten können einen Ausgleich nicht schaffen. Führende Amerikaner geben das zu. Eine sofortige Aktionierung der Lebensmittel ist nötig.

Briand und das angebliche deutsche Friedensangebot.

Berlin, 7. Nov. (W.B. Nicht amtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Trotz der mehrfachen Feststellungen ihrer Unrichtigkeit tauchen immer wieder Gerüchte von angeblichen Angeboten der deutschen Regierung auf, welche die Abtretung Eljas-Lothringens an Frankreich zum Gegenstand gehabt haben sollen. Jetzt läßt sich der „Manchester Guardian“ aus Paris melden, daß die deutsche Regierung Briand habe auffordern lassen, in die Schweiz zu kommen, um dort mit dem Fürsten Bülow oder dem Reichskanzler zusammenzutreffen. Dies, sowie das in dieser Devische aufs neue behauptete Angebot, Eljas-Lothringen abzutreten, gehören wie alle früheren derartigen Behauptungen ins Reich der Fabel.

Entente-freundliche Schweizer Blätter zur italienischen Niederlage.

W.B. Genf, 7. Nov. „Journal de Geneve“ schreibt: Die brutale Laffache besteht, daß die italienische Armee 200 000 Mann verloren hat. Das kommt ungefähr dem Kontingent gleich, das man von den Vereinigten Staaten als Hilfeleistung erwartet. Dabei werden die Vereinigten Staaten die 200 000 Mann nicht so schnell in Linie stellen können.

„Tribune de Geneve“ erklärt, die Stunde sei für Italien sehr ernst, aber Italien habe sich wieder gefaßt. Die Italiener hätten jetzt „la nostra guerra“ beendigt und würden jetzt kurz und bündig den Krieg führen. Das Eintreffen der Engländer und Franzosen in Italien habe keine andere Bedeutung.

Ein Aufruf italienischer Abgeordneter.

W.B. Rom, 7. Nov. (Nicht amtlich.) Agenzia Stefani. Mehr als 350 in Rom anwesende Abgeordnete haben folgenden Aufruf an das Land erlassen:

„Die harten Kriegsergebnisse haben es dem Feinde erlaubt, den äußersten Teil des Bodens des Vaterlandes zu betreten. Vertreter der Nation, wollen wir unsere ersten Größe der in ihrem historischen Patriotismus bewunderungswürdigen Bevölkerung Venetiens senden, die so erhoben ihr unverdientes Unglück trägt. Ein einziger Schrei ertönt in ihrer Brust: Rettet das Vaterland, vertreibt den Fremdling von unserem erdbeuteten Boden! Dieser Schrei der Angst und des Vertrauens, der sich einer

Seite 6.
7 ab wird
Mittelbadens
Arbeitszeit
bis 1/2 Uhr
spanne.
Anträge
116 ist
hülle sind
vormittags
1520
Karlsruhe.
tiere
Händegahl und
ung, der vor-
gruppen und
des Zeit-
ontag, den
kündlich über-
Anwehens ist
Schlagerteilung
1545
g.
die Groß-
gerührt, den
Karlsruhe den
hochherzige
sichschüchtern
1548
e-Land.
Kommunal-
anden für das
Verbandsauschüß
lichen Verleite
Verbands be-
Uhr
2 Uhr
Anträge nur
werden. 1589
Mittelfabrik
bringen.
Zimmer
el.
innen
en für sofort
amt 972
Karlsruhe
Stad.
Karlsruhe.
gshafen a. Rh.
an. Albert Haber
Haimingen.
mädchen, ledig-
guste Schneider.
eiser. Eisa, alt
taun, alt 78 J.
Berthold Herzog
Maschinenarbeiter.
g. Anton Goo-
darbeiter, Bih-
mädchen, ledig-
eheter. Auguste,
2 Mo., 8. Peter
Bilwe von Max
edig, alt 26 J.
Blattner, Land-
au von Simon
Gustav Anebel
twe von Jakob
enbahnkassierer.
germeister, Ebe-
ledig. Marie
nner, Baumwär-
ann, alt 64 J.
g. Strefin, 80 J.
it 70 J., Bilwe
e, V. S. P. S.

Wiederhall in der Seele unserer aufrichtigen und mächtigen Alliierten gefunden hat, ist ein Führer und ein Geis für uns, für das Heer, für das Parlament und für die Regierung, damit jeder Bürger, der sein Vaterland, seine Mutter, verleugnet, die Pflicht erfüllt, die ihm die feierliche Stunde auferlegt. Möge er an die unheilvollen Folgen der Zwietracht denken. Weder die materiellen Güter noch das Leben werden in einem erniedrigten Vaterlande gesichert sein, wie es die traurige Geschichte dieses Krieges lehrt. Mögen alle Italiener, das Volk auf dem Lande und in den Fabriken unserem Aufruf der Brüderlichkeit und der Zusammengehörigkeit Folge leisten. Der Fortschritt würde in der Niederlage und in der Knechtschaft unheilvolle Fesseln finden. Lassen wir alle Uneinigkeit und laßt uns wieder erneut mit Zuversicht die Ueberlieferung unserer Väter aufnehmen. Rufen wir uns die ruhmvollen Zeiten der nationalen Erhebung ins Gedächtnis, daß die Einheit des Vaterlandes zu verwirklichen, König Viktor Emanuel und der volkstümliche Held Garibaldi sich im Wollen und im Handeln zusammenschloßen, als alle ehrenwerten Ueberzeugungen in dem einzigen Ruf und dem einzigen Gedanken: „Italien kann nicht besiegt werden, es muß in der Welt seine zivilisatorische Aufgabe weiter erfüllen, zusammenschmelzen.“

Die Haltung der italienischen Sozialisten.

Vern, 7. Nov. Die parlamentarische Gruppe der offiziellen italienischen Sozialisten hat, wie aus vermutlich offizieller italienischer Quelle gemeldet wird, nach längerer Debatte eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt: „Die parlamentarische sozialistische Gruppe gibt in Einklang mit ihrer früher wiederholt abgegebenen Erklärungen dem Solidaritätsgefühl der sozialistischen Partei mit dem vom Schicksal betroffenen Lande und mit allen Leidenden Kriegesopfern Ausdruck. Sie bekundet ihren Willen, gemeinsam mit allen Parteioptionen die Hilfsaktion zu verstärken und zu erweitern, überzeugt, daß dies das beste Mittel ist, unter der Bevölkerung die zur Ueberwindung der qualvollen gegenwärtigen Stunde notwendige Ruhe zu bewahren.“ Der Parteivorstand hat ohne Widerspruch von der Tagesordnung Kenntnis genommen.

Brampolini, der Führer der offiziellen Sozialisten, hat, wie weiter berichtet wird, einen Appell an das Proletariat gerichtet, in dem das Vertrauen ausgedrückt wird, daß der feindliche Vorstoß an dem Widerstand der italienischen Soldaten und der Alliierten zerschellen werde. Eine Niederlage Italiens würde einen unerheblichen Schaden für die arbeitenden Klassen und für ihre Zukunft bedeuten. — Die Arbeiter der Eisenwerkstätten von Sestriere Ponente und Fabrona versicherten Orlando telegraphisch ihre Veranlassung auf die Zukunft Italiens und die Tapferkeit des Heeres. 8000 Mitglieder des mailändischen Eisenbahnverbandes haben ebenfalls an Orlando telegraphisch und seine Wirksamkeit im Interesse der heiligen Einheit begrüßt.

Eine Friedensdebatte im englischen Unterhaus.

London, 7. Nov. (W.D. Nicht amtlich.) Unterhaus. Im Laufe einer Debatte über eine friedensfeindliche Entscheidung sagte Balfour, nach seiner Ansicht trügen Erklärungen dieser Art wenig zur Erreichung eines ehrenvollen und baldigen Friedens bei. Der Hauptinhalt der Ausführungen der vorausgegangenen Redner war, daß das Land am Kriege festhalten würde zu dem Zwecke, Elsass-Lothringen an Frankreich zurückzugeben. Das bedeute eine vollständige Verleugnung der Ansicht der gegenwärtigen und der vorhergehenden Regierung, und des Landes in seiner Gesamtheit hinsichtlich der Kriegsziele. Anscheinend wünschten die Friedensfreunde den Krieg solange fortzuführen, bis jedes Land demokratisiert sei. (Zustimmung und Geächter.) Sie wünschen, daß der Krieg als Mittel gebraucht werde, um die demokratische Regierungsform auf alle europäischen Staaten auszubringen. Ramsay MacDonald hat die deutschen Sozialisten als Beweis dafür angeführt, daß nichts Deutschland gegen seine gegenwärtigen Feinde mehr einigen könnte, als der Gedanke, daß die letzteren beabsichtigten, ihn gegen seinen Willen eine Regierungsform aufzuzwingen, aber Balfour sagte weiter, er sei einer von denen gewesen, die lebensschärflich gewünscht hätten, daß die freireichlichen Einrichtungen über ganz Europa ausgebreitet würden, aber er habe niemals geglaubt, daß es klug oder möglich für ein Land wäre, einem anderen Lande vorgeschrieben, unter welcher Regierungsform dieses Land leben solle. (Zustimmung.) Keefeiths habe die Regierung angegriffen, weil sie ihre Kriegsziele so weit gespannt habe, daß diese jede Art von Frieden in sich schließe, an denen wir ein sehr geringes unmittelbares Interesse hätten, und er habe dem Haus zu verstehen gegeben, er besitze glaubwürdige Mitteilungen darüber, daß die Alliierten durch einen Geheimvertrag verbunden seien, Frankreich oder einem unabhängigen Staat den tatsächlich deutschen Teil Deutschlands auf dem linken Rheinufer auszuhandeln. Es bestche kein derartiger Vertrag noch, sagte er, habe irgend ein solcher Vertrag bestanden. Es sei bedauerlich, daß Keefeiths ein solches Argument gefunden habe, das natürlich in Deutschland ohne Widerspruch wiederholt werden würde (Zustimmung) und das zur Grundlage habe, daß die Ziele der Alliierten nicht diejenigen seien, die sie laut verkündeten, nämlich die Befreiung der kleinen Völker und die möglichst baldige Schaffung von Verfassungszuständen in europäischen Staaten, die soweit als möglich im Einklang mit den Wünschen ihrer Bewohner stehen. Aber ein anerkanntes deutsches Gebiet wegzunehmen und vom Deutschen Reich loszureißen, das sei niemals das Ziel der Alliierten gewesen. Es war nicht das Ziel der Alliierten und kein Vertrag, der sie zusammenbinde, sagte Balfour, hat für einen Augenblick angesetzt, daß es ein Ziel sei, wofür sie kämpfen müssen. Man könnte aus den gehaltenen Reden schließen, daß die Regierung plötzlich zu dem Entschluß gekommen sei, daß von allen Kriegsziele Elsass-Lothringen eine besondere Einzelstellung einnehme und nicht im Zusammenhang stehe mit irgend welchen anderen Kriegsziele. Natürlich wünschen wir die Zurückgabe Elsass-Lothringens (Zustimmung), dafür kämpfen wir zweifellos, aber nicht dafür allein, noch nimmt es unter den Kriegsziele eine besondere Stelle ein.

Eine englische Friedensrede.

W.D. London, 7. Nov. (Nicht amtlich.) Reuter. Unterhaus. Im Laufe der Erörterung des Anleihegesetzes brachte Lee Smith (Radikal) folgende Entschlieung ein: Das Haus ist der Ansicht, daß die vorgesehenen Genehmigungen und Arbeiten hinsichtlich der Unabhängigkeit und der

Wiederherstellung Belgiens und der Räumung des anderen besetzten Gebietes erlangt werden können. Kein Hindernis sollte den Verhandlungen für einen Frieden in den Weg gelegt werden und für ein Ueberkommen, das eine gerechte Lösung der elsass-lothringischen Frage einschließen sollte, und für die Ausfindigmachung einer internationalen Einrichtung zur Vermeidung künftiger Kriege. Lee Smith führte aus, daß die geheime Diplomatie die Kriegsziele der Verbündeten entstellte habe und daß Elsass-Lothringen jetzt zur vorherrschenden Bedingung geworden sei, ohne daß weder Italien noch Rußland darüber befragt worden seien.

Großer Streik der Arbeiter in der Provinz Warschau.

W.D. Petersburg, 8. Nov. (Nicht amtlich.) Pet. Tel.-Ag. Im Bezirke Iwonom Moriszenst in der Provinz Moskau, wo sich große Tuchfabriken befinden, sind 300 000 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Amerika und Japan.

W.D. Washington, 7. Nov. (Nicht amtlich.) Reuter. Meldung. In den Notizen, die zwischen Vsthit und dem Staatssekretär Lansing gewechselt wurden, erklärten die Regierungen von Japan und der Vereinigten Staaten, daß sie es für wünschenswert halten, in diesem Augenblicke nochmals ihre gemeinsamen Wünsche und Absichten bezüglich der chinesischen Republik bekannt zu geben, um die bössartigen Gerüchte, die von Zeit zu Zeit aufsteigen, zum Schweigen zu bringen. Sie erklären deshalb folgendes:

1. Die Vereinigten Staaten geben zu, daß Japan infolge der Nähe seines Gebietes besondere Interessen in China hat, besonders in dem Gebiete, das an seine Besitzungen grenzt.
2. Die territoriale Souveränität Chinas bleibt trotz dem unberührt und die Vereinigten Staaten setzen großes Vertrauen in die wiederholten Versicherungen Japans, daß es, obwohl seine Lage besondere Interessen mit sich bringt, bezüglich des Handels der anderen Nationen keinen Unterschied zu machen, und die bisher von China in Handelsbetrieben zugewiesenen Rechte nicht entgegenzutreten wünscht.
3. Japan und die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, in irgend einer Weise die Unabhängigkeit oder territoriale Integrität Chinas zu beeinträchtigen und sind noch immer Anhänger des Grundsatzes der offenen Tür und der Gleichberechtigung im Handel und in der Industrie Chinas.
4. Japan und die Vereinigten Staaten erklären sich beiderseits gegen die Gewährung besonderer Rechte oder Privilegien an irgend eine Macht, durch die die Unabhängigkeit und das Territorium Chinas beeinträchtigt werden würde.

Japan und Amerika in völliger Uebereinstimmung.

W.D. Washington, 6. Nov. (Nicht amtlich.) Reuter. Im Anschluß an das Abkommen über China teilt das Staatsdepartement mit, daß die Vereinigten Staaten und Japan zu vollständiger Uebereinstimmung bezüglich der militärischen, maritimen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Kriege gegen Deutschland gelangt sind.

Ein Sieg der Demokraten in Newyork.

W.D. Newyork, 7. Nov. (Nicht amtlich.) Reuter. Der demokratische Kandidat Hylan wurde zum Bürgermeister von Newyork gewählt.

Drohender Bürgerkrieg in Rußland.

Der Konflikt zwischen der russischen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Petersburg 7. Nov. (W.D. Nicht amtlich.) Pet. Tel.-Ag. Nach eräudenden Meldungen hat sich der Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuss, der jüngst im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat gewählt wurde und dem Generalstab der Militärbezirke der Hauptstadt folgenbemaßen abgepielt: In der Nacht des 4. November erließen Mitglieder des Ausschusses beim Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Oberst Kestowinow, lehnte dieses Ansuchen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin alsbald eine Versammlung der Abgeordneten des Heeres ein, die an alle Regimenter in offener Sprache ein Telegramm sandte, das den Soldaten mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der widerrechtlichen Haltung des Generalstabes, der sich dem revolutionären militärischen Ausschuss nicht unterwerfen wollte, mit dem Generalstab breche und von jetzt ab als eine der Demokratie feindliche Organisation betrachtet werde. Das Telegramm besagt weiter: Die Truppen hätten einzig noch den Befehlen zu gehorchen, die vom revolutionären militärischen Ausschuss unterzeichnet seien.

Zugleich veröffentlicht der revolutionäre militärische Ausschuss einen Aufruf an die Soldaten, Arbeiter und an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem hervorgehoben wird, daß der Ausschuss für militärische Leitung an den wichtigsten Punkten Petersburgs und seiner Umgebung besondere Beauftragte ernannt habe, die der Ausschuss hiermit für unterwerflich erklärt.

Nachdem die vorläufige Regierung von dieser Verhandlung des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms für Null und nichtig zu erklären. Der Ausschuss lehnte jedoch die Erfüllung dieses Ansuchens ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten. Zu diesem Zwecke ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu seinem Versammlungsorte kommen. Die vorläufige Regierung sagte den Befehl, vorläufig nicht zu den Waffen zu greifen, da sie hofft, den Streitfall friedlich beilegen zu können. Am 5. November fand eine Vollsitzung der vorläufigen Regierung den Beschluß, den Ausschuss als eine ungesetzliche Einrichtung zu betrachten. Sie forderte den Justizminister auf, seine Mitglieder gerichtlich zu verfolgen und stelle den militärischen Behörden anheim, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

Petersburg, 7. Nov. (W.D. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat sich gestern Abend der Konflikt zwischen dem Generalstab des Militärbezirks Petersburgs und dem militärisch revolutionären Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates beträchtlich zugepielt. Die von beiden Seiten eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes wurden am Nachmittag abgebrochen, da der Ausschuss die Mittelung erhielt, daß der Militärkommandeur von Petersburg im Laufe der Nacht die Truppen in der Umgebung der Stadt, besonders in

Peterhof, Kamensk und Jarosloje Sele herbeirief. Angesichts dieser Tatsache hat der Ausschuss seinen Truppen befohlen, der Regierung nicht zu gehorchen. Eine weitere Zustimmung erfuhr die Lage dadurch, daß Kerenski drei maximalistische und zwei Blätter der Rechten verbot. Gegen 5 Uhr abends gaben die Behörden den Befehl, die Brücke zwischen den Arbeitervierteln und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören und brachten den Straßenbahnverkehr der ganzen Stadt zum Stehen. Die Stadt wird von den regierungstreuen Soldaten bewacht.

Kerenski über den drohenden Bürgerkrieg.

Petersburg, 6. Nov. (W.D. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Ag. Nachmittagsitzung des einstweiligen Rates der Republik. Kerenski sprach von den Versuchen der Maximalisten, sich der Gewalt zu bemächtigen und den Bürgerkrieg herbeizuführen. Er erklärte unter dem Beifall der Rechten, der Mittelpartei und der Linken: Die Parteien, die es wagen, in diesem Augenblicke die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohen gleichzeitig, den Deutschen die Front zu öffnen. Alle Handlungen dieser Art sind sofort zu unterdrücken. Kerenski ersuchte das Vorkontrollamt um sofortige Antwort, ob die Regierung bei der Erfüllung ihrer Pflicht auf Unterstützung des einstweiligen Rates der Republik rechnen könne. Das Vorkontrollamt schritt zur Erörterung über die Frage Kerenskis.

Die Feldgrauen und die Alldeutschen.

Die Geze der Alldeutschen gegen die Reichstagsmehrheit geht weiter. Dabei hört man immer wieder die Behauptung, die Mehrheit der Reichstags habe nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich, insbesondere seien die Feldgrauen über die Haltung der Reichstagsmehrheit empört. Zum Beweise für diese Behauptung führt man sich auf Briefe von Frontoffizieren. Die Anhänger der Annerkennungspolitik unter den Offizieren geben aber nicht die Stimmung unserer Feldgrauen wieder. Darüber weiß jeder Bescheid, der mit unseren Feldgrauen in Fühlung steht. Ueberdies ist auch ein großer Teil der Offiziere Gegner der Alldeutschen.

Wie in Wirklichkeit die Stimmung unter unseren Feldgrauen ist, darüber gibt ein „offener Brief“ Auskunft, den ein Feldgrauer an einen Leutnant richtet und den die Zeitschrift „Deutsche Politik“ zum Abdruck bringt. Der Feldgrauer schreibt:

„Mein — Herr Leutnant Rein, ein Gefühl des Wohlbehagens ist es nicht, wenn wir im vierten Jahre draußen vor dem Feinde stehen und zu Hause eine immense Kraft in politischen Kämpfen von seltener Mäßigkeit und Festigkeit aufgerieben wird. Aber statt des Wohlbehagens empfinden wir einen gerechten Zorn über die maßlosen Exzesse der Alldeutschen, die in mandatsloser Maskerade zu uns in die Schützengräben zu kommen versuchen, um uns für ihren Wahnsinn zu gewinnen. Und wenn unser Zorn noch einer Steigerung fähig ist, dann gilt derselbe der ostelbischen „Deutschen Vaterlandspartei“, die uns ihre Auftritte in die Front führt, die wir von einem lebensfähigen Herzog und einem, zwar verdienten, aber außerhalb des Dienstes befindlichen Admiral gezeichnet und von Männern kontrahiert finden, von denen ganz auffallendweise sämtliche Herren Titel führen, die auch dem Kaiser verleiht, daß deren Träger aus der großen Kruppe leben, die der Volksmund so drastisch aber treffend die „Staatskrippe“ nennt. Diese Treiber werden in der Front — ich spreche für die Majorität der Soldaten, nicht für manche Offiziere — einstimmig als politische Vorkämpfer verurteilt und abgelehnt. Wollte ich Ihnen die feldgrauen Äußerungen hier wiedergeben, mit denen man hier draussen Stellung zu diesen politischen Gesinnungen nimmt, so müßte ich Register aufziehen, die für die politische Diskussion in diesem Rahmen nicht geeignet sind. Wer aber von England 100 Milliarden Mark Kriegsschuldhaftigkeit haben will, soll heraus in die Gräben kommen und die Entschädigung selbst holen. Wir lehnen diese Politik ab, wollen politisch gefährt werden wie wir militärisch gefährt sind. Damit aber, Herr Leutnant, wollen und werden wir nicht noch ein bis zwei Jahre warten, sondern wir verlangen scharfere Taten in diesem Augenblicke, in dem die Schädelpyramiden den Himmel zu erreichen drohen, in dem Augenblicke, in dem die Erde sich fast am Blute unserer Kameraden und Brüder getrunken hat und das Meer von Tränen die Feuer des Hasses, des Neides und der Habgucht zu erlöten drohen, die diesen Krieg entfesselt haben und seinen Nord jetzt fündlich von neuem erglänzen lassen!“

Die historische unbefruchtete Anfänglichkeit unserer Politik, ihre abenteuerlich anmutenden Dummheiten der jüngsten Vergangenheit, die ungeschickten Unterwerfungsfinden auf politischen und diplomatischem Gebiet haben uns, neben den Versuchen der Verzögerung und Verschleppung der inneren Politik, jeden Funken von Vertrauen in die politische Führung geraubt, und deshalb allein — nicht wegen der schönen Augen der übrigen Europäer und Amerikaner — ruft das Volk und mit ihm die Front nach sofortigen Reformen. Wir wollen politische Führung, keinen Machiaellismus, und da uns in den traditionellen scharfen Männer von diesen Qualitäten nicht erstanden sind, soll das Parlament den Werten, die lässig und unverantwortlich die Leitung in der Hand haben, die Ziele und die Marschroute vorschreiben. „Politik ist die Kunst des Möglichen“ — bei uns ist alles Mögliche und Unmögliche veräuert, und nun soll und muß alles, auch das Allerletzte, geschehen, um das Mögliche möglich zu machen — also um Politik überhaupt treiben zu können!“

Wir denken dabei nicht an ein Plagiat englischer oder französischer Gewohnheiten, wir fühlen allein, was uns fruchtet, und von der Baustelle bis zum Reife-Projekt haben wir gelernt, wie wir unser Haus im gesellschaftlichen Rahmen umbauen können, indem wir Fehler vermeiden, die uns im Osten und Westen warnen. Wir wollen also, um mit Ihnen zu sprechen, „in politischen Dingen form- und gedankenbildend auftreten!“

Die Reichstagsmehrheit hat die Hand aufs Herz — sie hat sich gewiß, und die gesamte Front steht entschlossen hinter ihr. Diese Versicherung zu Ihrer Bestätigung, Herr Leutnant, wir kämpfen alle mit, wenn es dem Frieden gilt! Und Ihr Plan, den Reichstag aufzulösen und neu zu wählen, begrüßen wir freudigen Herzens — 300 oder mehr Abgeordnete, die auf dem Boden des 19. Juli stehen, liefern wir Ihnen gern, schon deshalb, weil wir unser Vaterland und unser Volk lieben. In hoc signo vinci.“

Dem der Herz...
...steht...
...ist jeder...
...legt, sich...
...erworben...
...jahr Sta...
...im Her...
...von 19...
...den Stä...
...eingeführt...
...St. Leber...

Die Begrü...
...forb...
...durch...
...eine St...
...der aus...
...fer gro...
...keine...
...Rechte...
...über die...
...ten...
...einträ...
...es ist n...
...menden...
...uns so...
...worden...
...Desba...
...Arbeiter...
...Feuer sp...
...eigen...

Berch...
...caus...
...hand...
...Kohl...
...Kloster...
...reit der...
...sprache...
...man dre...
...Ansch...
...tritt zum...
...einstimm...
...kritisch...
...friedens...
...nächstfol...
...lassen...

Der Ar...
...sk. Da...
...ember 19...
...Entlass...
...nach 14...
...jung, un...
...dieses Gr...
...das Stad...
...ang ten...
...rechtigt...
...Bei Mu...
...tragsm...
...nach ach...
...die St...
...fagen Bes...
...des am...
...auf Grund...
...der ver...
...St. Star...
...sätten sich...
...19. Aug...
...Opfer von...
...damit er...
...halten w...
...des Ange...
...kommen...
...deshalb...
...kommen...
...Anwend...
...nachträg...
...lich...

In d...
...stehende...
...es sind...
...den wie...
...heißt...
...deutlich...
...den...
...Erhöhung...
...sigen Aus...
...des, daß...
...des Er...
...mehr...
...erz...
...eisenbahn...
...Kriegs...
...ebers...
...die durch...
...fen. Zum...
...Gelegen...
...erhöhung...
...mit dem...
...werden...
...wegen...
...trotz...

Deutsches Reich.

Die Wahlrechtsvorlage für Koburg-Gotha.

Dem augenblicklich tagenden gemeinschaftlichen Landtag der Herzogtümer Koburg und Gotha ist die bereits angelegte Wahlrechtsvorlage über Einführung des direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts zugegangen. Wahlberechtigt ist jeder Staatsbürger, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt, seit mindestens einem Jahre die Staatsangehörigkeit erworben und für das der Wahl vorangegangene Rechnungsjahr Staatssteuern bezahlt hat.

Nicht mit dem Feuer spielen!

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt in ihrem Artikel zur Begründung der Regierungsentwurf:

„Sowohl die Nationalliberalen wie die Sozialdemokraten fordern die öffentliche rechtliche Vertretung der Arbeiterinteressen durch Arbeitskammern. Zudem verlangen die Sozialdemokraten eine Sicherung des Stimmrechts. Kein verständiger Mensch, der aus dem Kriege loyal die Folgerung zieht, daß es nach dieser großen nationalen Feuerprobe deutsche Staatsbürger minderer Wertung nicht mehr gibt, wird unseren Arbeitern noch Rechte vorenthalten wollen, deren sich andere Stände erfreuen. Über die nationalen Rechte sind verknüpft mit nationalen Pflichten...“

Deshalb, weil es bei dem Pflichtbewußtsein der deutschen Arbeiter nicht nötig ist, und weil man nicht unnütz mit dem Feuer spielen soll.

Bewerkschaftliches.

Verharmelungsbestrebungen im Glaserverband. Eine Beiratsprüfung des Glaserverbandes, die in Anwesenheit des Verbandsvorsitzenden und des Ausschussvorsitzenden Ende Oktober in Korbisruhe stattfand, beschäftigte sich mit dem Anschluß des Glaserverbandes an eine größere Organisation. Die Notwendigkeit der Verharmelung selbst war kaum noch umstritten; die Aussprache drehte sich vielmehr um die Frage, welcher Organisation man beitreten wolle. Die Bank- und Kleinglaser empfahlen den Anschluß an den Bauarbeiterverband, die Rahmenmacher den Beitritt zum Holzarbeiterverband. Schließlich wurde der Vorstand einstimmig beauftragt, mit diesen beiden Organisationen Verhandlungen zu betreiben und festzulegen und dann sofort nach Friedensschluß eine Abstimmung darüber herbeizuführen.

Soziale Rundschau.

Der Kriegsklauselprozeß des Freiburger Stadttheaters.

Das Reichsgericht hat in seiner Entscheidung vom 6. November 1917 den Grundsatze aufgestellt, daß die für den Kriegsklauselprozeß bestehende Vereinbarung z. B. über eine Gehaltssteigerung, unvollständig gemacht werden kann, und unter Anwendung dieses Grundsatzes die von dem Dramatiker Rudolf Jung gegen das Stadttheater in Freiburg i. S. erhobene Klage auf Zahlung von 15 000 M. rückständiger Gehalts dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt.

Bei Ausbruch des Krieges hatte die Intendantur von der vertraglich vereinbarten Gehaltssteigerung, welche sie beabsichtigte, den Vertrag nach schlichter Kündigung aufzulösen, keinen Gebrauch gemacht, weil die Künstler sich auf eine 10-Monatsfrist Kündigung ihrer eigenen Besitze eingelassen und dadurch die Weiterführung des Theaters ermöglicht hatten. Die Stadt kündigte aber schließlich nach Grund der Kriegsklausel, worauf Jung seine Klage bis Ende der vertraglichen Spielzeit einlegte. Das Reichsgericht billigte die Klage, weil das Reichsgericht über die Klage, die Künstler hätten sich bei Kriegsausbruch ein einseitiges Besondere Einverständnis mit der Stadt gegeben, nicht zweifelhaft darüber sein können, daß die Künstler das kleinere Übel auf sich nehmen wollten, um dem größeren, der Anwendung der Kriegsklausel, vorzuziehen. Durch die Annahme des Angebots sei ein neues Nebenabkommen getroffen worden, wonach die Stadt endgültig auf die Anwendung der Kriegsklausel verzichtet habe; sie könne also nicht nachträglich auf Grund derselben kündigen.

Baden.

Die Erhöhung der Gütertarife.

In der „Karlsruher Zeitung“ erfolgt nachstehende amtliche Mitteilung: Während des jetzigen Krieges sind fast in allen außerdeutschen Ländern, Kriegführenden wie neutralen, die Eisenbahntarife allgemein erheblich erhöht, zum Teil sogar verdoppelt worden. Die deutschen Staatsbahnen haben bisher von einer allgemeinen Erhöhung der Tarife abgesehen. Die persönlichen und sachlichen Ausgaben sind aber im Laufe des Krieges derartig gestiegen, daß ein auch nur annähernd angemessenes Erträgnis des Eisenbahnbetriebes bei den jetzigen Tarifhöhen nicht mehr erzielt werden kann. Die deutschen Staatsbahnen sehen sich daher gezwungen, einen Kriegszuschlag zu den Frachttarifen des Güterverkehrs in Aussicht zu nehmen, um wenigstens teilweise die durch den Krieg hervorgerufenen Mehrausgaben zu decken. Zunächst wird dem badischen Eisenbahnrat Gelegenheit gegeben werden, zu der beabsichtigten Tarifserhöhung sich zu äußern, und es wird sodann die Regierung mit dem Landtag nach dessen demnächstigen Zusammenkommen wegen der Angelegenheit ebenfalls noch ins Benehmen treten.

Durlach, 7. Nov. Am letzten Dienstag Abend erlitt der 48jährige verheiratete Schuhmachermeister Ludwig Geiß, wohnhaft in Eberbach, auf dem hiesigen Bahnhof einen Schlaganfall, der den alsbaldigen Tod herbeiführte.

Durlach, 8. Nov. Die Höchstpreise für Obstwein werden in Württemberg vielfach nicht eingehalten. Deshalb sei darauf aufmerksam gemacht, daß rein herbe und gesunde Apfel- und Birnenweine aller Jahrgänge an Verbraucher in offenen Gefäßen unter 10 Liter Inhalt zu einem höheren Preise als 80 Pfennig für 1 Liter nicht ausgesetzt werden dürfen. Ueberschreitung der Höchstpreise wird bestraft.

Karlsruhe, 7. Nov. Die Polizei hat über den Verlust der Brillanten, über den wir gestern berichtet haben, ermittelt, daß die Tafel mit den Wertpapieren bei der Goethe- und Luitpoldstraße von einem Knaben im Alter von 12 Jahren gefunden wurde, der sie seiner Mutter angedrückt hat, doch sind die Namen derselben noch nicht ermittelt. Die Tafel mit Steinen wurde bis jetzt noch nicht abgegeben.

Eppingen, 7. Nov. Von einem Fabrikbetriebe, in dem es sehr appetitlich hergeht, berichtet die „Heidelb. Ztg.“: Die Firma Wilhelm Ledrich, Nahrungsmittelwerke in Eppingen, fabrizierte „Dackpulver“ und „Ei-Ersatz“ in großen Quantitäten. Das Rezept für beide war ganz das gleiche, nur Ei-Ersatz war gelb gefärbt (1). In der Masse befand sich ein Drittel kohlsaurer Asche. Das dazu gehörige Weinsteinsäurepulver war etwas knolliger ausgefallen. Da die Arbeiter beim Pulverisieren der Masse mit dem Wellholz stark Niesreiz verspürten und in die Masse hineinnieszten, kam der finstige Fabrikant auf den Ausweg, die Masse den Arbeiterinnen mit den nackten Füßen zertreten zu lassen.

Eppingen, 8. Nov. Der 62 Jahre alte Bahnarbeiter Jakob Geiger von Eberbach kam beim Angieren zwischen die Ruffer und wurde tot gedrückt.

Karlsruhe, 7. Nov. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung mit allen gegen 11 Stimmen den Verkauf von ungefähr 125 Hektar Ackerland und 22 Hektar Weiden an die Bad. Landwirtschaftskammer. Die das Gelände zur Errichtung eines landwirtschaftlichen Versuchsgutes benutzen will. Der Direktor der Landwirtschaftskammer, Oekonomierat A. Müller, machte einige erläuternde Ausführungen über Art und Zweck der neuen Anlage. Danach soll auf dem Neugekau auch ein Internat mit einer landwirtschaftlichen Schule errichtet werden, in welchem junge Leute in der Landwirtschaft herangezogen werden sollen. Die nötigen Gebäulichkeiten werden einen Kostenaufwand von 3 bis 400 000 M. verursachen. Der Kaufpreis für das Gelände beträgt für den badischen Morgen, das sind 36 Ar, 975 M. Ferner stimmte der Bürgerausschuß der Neuregelung der Kriegs- und Feuerungszulagen für die Stadt, Beamten, Angestellten und Arbeiter zu.

Gernsbach, 7. Nov. In der Wohnung des Arbeiters Bauer wurde ein Hamsternest entdeckt. Bauer stand im Verdacht des Diebstahls und bei einer Hausdurchsichtigung fand man bei ihm eine solche Menge Waren, daß zwei Fuhren nötig waren, um das Diebstahlsgut fortzuschaffen. Unter anderem hatte Bauer gegen 100 Drillinghosen und Joppen aufgestapelt.

Karlsruhe, 7. Nov. Der Bürgerausschuß stimmte der Erhöhung des Gaspreises von bisher 12 Pf. für Geisgas und 16 Pf. für Leuchtgas auf den Einheitspreis von 18 Pf. mit der Maßgabe zu, daß das Gaswerk einen Mehrertrag von 6000 M. der Stadtkasse abzuliefern hat.

Offenburg, 7. Nov. Unter der Spitzmarke „Neue Beamtung“ schreibt der in Gemeindegemeinschaften stets gut unterrichtete „Alt-Offenburger“, daß Herr Privatmann Adolf Siefert, der in seiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses für Kriegsfürsorge seit dem Auscheiden des Herrn Bürgermeisters Hügel Hilfsdienst in der Kriegsfürsorge leistete, mit einem Jahresgehalt von 3000 M. zum Beamteten der Stadt ernannt worden sei. Diese Nachricht hat in der Bevölkerung einige Ueberraschung hervorgerufen, weil hier allgemein die Ansicht herrschte, daß Herr Siefert, ein gutgeleiteter Privatier, nicht um künftigen Lohn sich in den Dienst der Öffentlichkeit während der Kriegszeit gestellt habe, sondern das rühmenswerte Beispiel anderer Männer — wir erinnern hier nur an Herrn Stadtrat Konig, der für öffentliche Interessen schon so viel getan hat und immer noch tut — nachahmen werde. In der Dotierung des Amtes mit einem Anfangsgehalt von 3000 M. erlösten wir, daß dessen erscheinende Wahrnehmung eine gewisse Vorbildung voraussetzt. Ueber diese Vorbildung verfügt aber Herr Siefert nicht. Was ihm zu statuen kommt, ist vielleicht gewisse Kenntnisse der persönlichen und Erwerbsverhältnisse der ansprechenden Einwohner. Diese ist ja ganz gewiß wertvoll und schätzbar, sie befähigt aber nicht zur vollen praktischen Betätigung der an den Inhaber des Amtes herangetretenen Aufgaben. Dazu muß dann doch wieder eine andere Hilfskraft herangezogen werden. Aus diesem Grunde würde es ohne Zweifel zweckmäßiger gewesen sein, einen Verwaltungsbeamten vorzugeben, der die Aufgaben der Bürgerwehr selbst sich auch damit, wie mit anderem, abfinden, wenn der Stadtrat den betretenen Weg für den besseren und richtigeren hält. Wenn aber, wie da und dort Stimmen laut werden, beabsichtigt sein sollte, Herrn Siefert auf dem Umwege der Beamtung in eine gehobene Stellung eines Bürgermeisters einzurücken zu lassen, so dürften beide Teile sehr wahrscheinlich eine Enttäuschung erleben. Es hat keinen Zweck, schon heute darauf näher einzugehen, das hat noch Zeit, wenn die Angelegenheit greifbare Gestalt annehmen sollte.

Karlsruhe bei Leiberich, 7. Nov. Durch Feuer wurde der an der Straße nach Schramberg gelegene Hofbauernhof, welcher dem im Felde stehenden Landwirt Mathias Storz gehört, vollständig eingeeigert. Nur der Viehbestand konnte gerettet werden.

Willingen, 7. Nov. Nach einem Vortrag des Bibliothekars Lohr-Karlsruhe wurde hier die „Vierjahres- und Einlaufgenossenschaft der Schuhmachermeister C. M. S. Willingen“ gegründet. Die Geschäftsführung ruht in den Händen von Schuhmachermeister Karl Brenneiser; Vorsitzender ist Schuhmachermeister Alois Kindenmeyer.

Wannheim, 8. Nov. Nach einer Mitteilung des Dr. Bezirksamts ist die Ruhrpandemie in der Stadt erloschen. Nur noch in Neckarau sind einige Erkrankungsfälle zur Anzeige gelangt. Insgesamt wurden 1718 Erkrankungen an Ruhr festgestellt; die Zahl der Todesfälle betrug 200.

Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs. Uebrigens wie für die Gasentnahme ist nun auch für die Verbraucher von Elektrizität eine Einschränkung verfügt worden. Die Neuordnung geht von dem Reichskommissar für die Kohlenver-

teilung aus. Im allgemeinen wird nur ein Verbrauch von 80 Prozent des vorjährigen zugelassen. Die angeordnete Ersparnis beträgt also 20 Prozent. Kleinverbraucher werden von der Einschränkung nur betroffen, soweit ihr Jahresverbrauch 250 Kilowattstunden übersteigt. Die Gemeinden können aber eine niedrigere Grenze festsetzen. Neuan schlüsse und Erweiterungen bedürfen nach wie vor einer besonderen Genehmigung. Wer über die zugelassene Menge hinaus Elektrizität verbraucht, hat für jede weitere Kilowattstunde einen Aufschlag von 50 Pf. zu bezahlen.

Einschränkung der Heizung der Eisenbahnzüge. Die „Karlsruh. Ztg.“ schreibt halbamtlich: Im Hinblick auf die unbedingt gebotene Sparsamkeit im Verbrauch von Heizstoffen sieht sich die Staatsverwaltung genötigt, eine Reihe von Zügen, die nur kurze Strecken durchfahren, während des kommenden Winters nicht zu heizen und im übrigen das Maß der sonst vorgeschriebenen Erwärmung herabzusetzen. Weiter sollen im allgemeinen während der kommenden Saison die Warteräume nicht geheizt werden; Ausnahmen sind vorgesehen für die Zugwechselstationen und ferner mit Genehmigung der Betriebsinspektion für Fälle, in denen infolge besonderer Verhältnisse, z. B. weil die Fahrgastzahl nicht unmittelbar an den Arbeits- oder Schulschluß anschließt, oder wegen erfahrungsgemäß häufiger eintretenden Zugverzögerungen zu gewissen Zeiten eine größere Anzahl von Personen zu längerem Aufenthalt auf dem Bahnhof genötigt sind. Den Reisenden kann daher nur empfohlen werden, sich bei Reisen während des kommenden Winters mit den nötigen Heizmitteln vorzusehen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. Nov.

Sohlenhonor-Wucher. Da die große Lederknappheit es der Zivilbevölkerung immer mehr erschwerter, durchgelaufene Sohlen durch neue ersetzen zu lassen, wurde die von der großen Lehrmeisterin Not geborene Erfindung, die gefädelten alten Schuhsohlen durch Aufnägen kleiner Lederstücke aus Abfällen länger dienstfähig zu erhalten, von immer breiteren Volkskreisen mit Eifer ausgenutzt. In der vorliegenden Not- und Zwangslage stieß man sich nicht im mindesten daran, daß die Hersteller und Verkäufer der begehrten Sohlenhonor immer höhere Wucherpreise dafür forderten. Man war dergleichen von andern Ersatz-Industrie-Erzeugnissen her ja auch schon gewohnt. Deshalb hat das kürzlich erlassene amtliche Verkaufsverbot für die Sohlenhonor bei den Verbrauchern auch keinerlei Verständnis gefunden, sondern nur Unwillen erregt. Um diesen zu beschwichtigen, wird nun in einer Zeitungsnotiz Mitteilung davon gemacht, daß dieses Verbot gerade im Interesse der wucherisch ausgebeuteten Verbraucher erlassen worden sei. Der Preis für zweidienliche Lederabfälle sei schon im Großhandel bis auf 1400 Mark für den Zentner hinaufgetrieben worden, während ihr tatsächlicher Wert höchstens auf 100—120 Mark zu schätzen sei. Ein umfangreicher Kettenhandel habe natürlich für weitere Verteuerung der dabei in der Beschaffenheit immer schlechter werdenden Lederstücke gesorgt. Dieser schamlosen Ausbeutung der Verbraucher habe man einen Riegel vorziehen wollen und deshalb das Verbot erlassen. Wir fürchten, diese Erklärung wird wenig Gegenliebe bei den notleidenden Verbrauchern finden, wenn nicht schleunigst dafür gesorgt wird, daß sie dem Wuchertreiben gewissenloser Fabrikanten und Händler entzogenen Sohlenhonor auf legalen und billigerem Wege in die Hände der Verbraucher gelangen. Sonst wird die Wohltat zur Plage, der Wuchertreibler durch einen Wucher-Wucher ausgetrieben. Dunkel-Fabrikanten und Händler werden bestrebt sein, sich unter Verbotsumgehung in den Besitz des verbotenen Materials für gewinnbringenden Handel zu setzen und sich für das damit übernommene Risiko durch noch wucherischeren Preistreiberei bezahlt machen. Gleichzeitig mit einer ordnungsmäßigen Versorgung der notleidenden Verbraucher mit Sohlenhonor müßte noch die gleiche Maßnahme für die zur Befestigung der Flicken an den Sohlen notwendigen kleinen Nägel erfolgen. Solche sind für diesen und auch für andere Zwecke kaum noch und dann zu ebenso stark übertriebenen Wuchertreibern zu haben, trotzdem Eisen doch wohl noch etwas weniger knapp als Leder ist.

Zur Frage „Wo bleibt das Weizenmehl?“ schreibt uns eine Hausfrau: Im Anschluß an Ihren Artikel der letzten Montagsnummer „Eine Frage“ beziehe ich mich auf die Veranlassung, in der Bürgermeister Hofmann die angeblich gleichmäßige Verteilung der uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel im deutschen Reich nicht genug hervorheben konnte. Aber wie kommt es, daß, um nur eines herauszugreifen, in dem fassonablen Badeort Friedrichsruhe (Schiffingen) es den ganzen Sommer über Weizenbrot gegeben hat und zwar bis Saisonabschluss am 30. September? Dabei werden in andern Teilen des Reiches, auch hier in Karlsruhe, Kranke mit ärztlichen Zeugnissen mitunter abgewiesen wegen Mangels an Weizenmehl. Wer Gelegenheit hat, viel aufs Land zu kommen, der kann sich überzeugen, daß die Landbevölkerung ständig Weizenmehl verhungert. Bemerkenswert ist noch, daß in dem für Kranke hergestellten Zwieback sich keine Spur von Zucker oder Milch vorfindet. Die Gleichmäßigkeit der Rationierung ist im Reich noch lange nicht hergestellt.

Ernährungsfürsorge für Tuberkulose. Die Zunahme der Sterblichkeit an Tuberkulose hat dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamts Veranlassung gegeben, die zuständigen Stellen von neuem auf die zur besseren Ernährung der Schwindsüchtigen erlassenen Bestimmungen hinzuweisen. Diese Bestimmungen (Mundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 1. Februar 1917, C. 1907) gewähren den Tuberkulösen Rationierungen verfähigeren Normaportionen erheblich übersteigend und mit einer Tageskopration von rund 3000 Kalorien im allgemeinen auch den ärztlichen Ansprüchen genügen dürften.

Geistliches Konzert — Schloßkirche. Zu einer Stunde besonderer Erhebung und musikalischen Genusses dürfte sich das geistliche Konzert des unter der Leitung von Organist Otto Victor stehenden Bremer Frauenquartetts am heutigen Donnerstag, 8. Nov. nachmittags in der Schloßkirche gehalten, wobei

